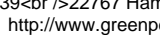




Vattenfall-Rückzug birgt Milliardenrisiken für Steuerzahler

Vattenfall-Rückzug birgt Milliardenrisiken für Steuerzahler
Greenpeace: Rückstellungen für Atom und Kohle in öffentlichem Fonds sichern
Weil große Energieversorger wie Vattenfall die Energiewende verschlafen haben, droht dem deutschen Steuerzahler nach Recherchen von Greenpeace ein Milliardenrisiko. Der Boom der Erneuerbaren Energien senkt die Profitabilität vieler konventioneller Kraftwerke und damit die Gewinne der Betreiber. Kürzere Laufzeiten machen hohe Abschreibungen nötig.
Allein im ersten Halbjahr 2013 musste der schwedische Vattenfall-Konzern umgerechnet knapp 3,5 Milliarden Euro auf seinen Kraftwerkspark abschreiben. Knapp zwei Milliarden Euro hat das Staatsunternehmen im gleichen Zeitraum operativ verdient und denkt inzwischen öffentlich über einen Verkauf des deutschen Geschäfts nach.
Käme es zu einer Insolvenz der deutschen Tochter, wäre unklar, wer für die hohen Folgekosten der Atom- und Braunkohleanlagen aufkommt. "Vattenfall hat sich in Deutschland mit seiner Atom- und Kohlestrategie in eine Sackgasse manövriert", sagt Susanne Neubronner, Energie-Expertin von Greenpeace. "Jetzt muss sichergestellt werden, dass der Konzern sich nicht zurückzieht, ohne für die Folgekosten seiner Atomkraftwerke und Braunkohlentagebaue gerade zu stehen. Greenpeace fordert die Bundesregierung dringend auf, die Atom- und Bergbaurückstellungen von Vattenfall Europe, der deutschen Tochter des Konzerns, sowie die der drei großen Stromversorger RWE, Eon und EnBW in einem öffentlich-rechtlichen Fonds zu sichern. "Mit dem Privileg, Rückstellungen nicht abführen zu müssen, hat sich Deutschland in Europa isoliert. Alle anderen Staaten verpflichten die Betreiber dazu, diese Gelder in öffentlich-rechtliche Fonds einzuzahlen", so Neubronner.
Auch Umweltminister fordern öffentlichen Fonds für Rückstellungen
Anfang Juni haben bereits die Umweltminister der Länder die Bundesregierung, "sich für eine intensiviertere staatliche Prüfung der Rückstellungen einzusetzen". Geprüft werden müsse die "Verlagerung der Nuklearrückstellungen für Stilllegung und Entsorgung unter Wahrung angemessener Übergangsfristen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds". Greenpeace hatte im Jahr 2012 in einer Studie gezeigt, dass allein für Rückbau und Entsorgung der deutschen Atomanlagen in den kommenden Jahren 44 Milliarden Euro benötigt werden könnten. 34 Milliarden haben die Konzerne hierfür bilanziert.
Die Stromkonzerne müssen laut Paragraph 21 Atomgesetz für die Entsorgung der atomaren Abfälle aufkommen. Vattenfall besitzt die abgeschalteten Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel und ist am Betrieb des AKW Brokdorf beteiligt. Hierfür und unter anderem für noch unabsehbare Folgen aus den Braunkohlentagebauen hatte Vattenfall im Jahr 2011 knapp 2,8 Milliarden Euro als Rücklagen bilanziert. RWE stellte 2012 rund 13 Milliarden Euro insgesamt zurück. Allein an Atomrücklagen wiesen Eon in 2012 rund 14 Milliarden Euro und EnBW 6,7 Milliarden Euro in ihren Bilanzen aus.
Greenpeace e.V.
Grosse Elbstrasse 39
22767 Hamburg
Deutschland
Telefon: 040-30618-0
Telefax: 040-30618-100
Mail: presse@greenpeace.de
URL: <http://www.greenpeace.de>


Pressekontakt

Greenpeace e.V.

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Firmenkontakt

Greenpeace e.V.

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt. Spektakuläre Aktionen haben Greenpeace weltweit bekannt gemacht. Die direkte Konfrontation mit Umweltsündern dient dazu, auf Missstände aufmerksam zu machen. Greenpeace-Aktivist*innen setzen sich persönlich für ihr Anliegen ein - dadurch erzeugen sie öffentlichen Druck auf Verantwortliche in Politik und Industrie. Doch Greenpeace agiert nicht nur im Schlauchboot, auch die Lobbyarbeit trägt entscheidend zum Erfolg von Kampagnen bei. In langwierigen und zähen Verhandlungen versucht Greenpeace, die politischen Entscheidungen von Regierungen oder Kommissionen zu beeinflussen. Greenpeace arbeitet zu den Themen Klimaveränderung, Artenvielfalt (Ökosysteme der Wälder und Meere), Atomkraft/erneuerbare Energien, Erdöl, Gentechnik, Landwirtschaft und Chemie. Eine Konzentration auf die gewählten Kampagnen ist notwendig: Nur wenn die Organisation ihre Energien bündelt, ist effektives und erfolgreiches Arbeiten möglich.